

Kulturhauptstadt wird Politik-Zankapfel: „Nicht mit Klick getan“

Rot-grüne Finanzexperten warnen mit Blick auf Finanzlage vor Bewerbung, CDU verurteilt Bedenken als „Hasenfüßigkeit“

VON RAINER BREDA

HILDESHEIM. Die Frage, ob Hildesheim sich als „Europäische Kulturhauptstadt“ bewerben soll, wird zum Wahlkampfthema. Die finanzpolitischen Sprecher der rot-grünen Mehrheitsgruppe im Rat weisen angesichts der wachsenden Unterstützung der Idee durch die Bürgerschaft auf die Finanznot der Stadt hin. Der CDU-Stadtverbandsvorstand kanzelt diese Bedenken als „Hasenfüßigkeit“ ab und ruft dazu auf, das Engagement der Bürger nicht auszubremsen.

Dass Mehrheit und Opposition die Sache unterschiedlich bewerten, ist keineswegs neu. Wohl aber die öffentliche Zuspitzung der Debatte. So hat jüngst die Gründung des „Freundeskreises 2025“ und die Internet-Kampagne der Gruppe „Hildesheim blüht auf“ die Finanzexperten von SPD und Grünen, Stephan Lenz und Volker Spieth, auf den Plan gerufen.

Vor allem das Blüht-auf-Angebot an die Hildesheimer, sich mit einem Knopfdruck auf der Homepage für eine Bewerbung auszusprechen, sieht die Mehrheitsgruppe kritisch. „Das Thema kann

dadurch gewaltig Fahrt aufnehmen“, meint Lenz. Da könne es schwer werden, das Karussell noch zu bremsen. Doch der Verein mache es sich angesichts der finanziellen Lage zu einfach, moniert der SPD-Politiker: „Mit einem Klick ist es eben nicht getan.“ Hildesheim dürfe wegen des Entschuldungsvertrages mit dem Land nur 11 Millionen Euro für freiwillige Leistungen ausgeben. „Jeder Cent, der in die Bewerbung fließt, fehlt woanders.“ Wenn Dritte das Geld für die Kulturhauptstadt spendierten, sei dies willkommen. Doch ohne Eigenanteil werde es nicht gehen –

und den könne die Stadt nicht leisten. „Wir wollen warnen“, sagt Lenz.

Die CDU teilt die Bedenken nicht. Natürlich könne die öffentliche Hand ein solches Projekt niemals alleine stemmen, meint Chef Frank Wodsack. Doch das bürgerschaftliche Engagement stimmt die Christdemokraten zuversichtlich. „Manche glauben, dass alles Glück, Inspiration und Geld vom Staat ausgehen müsse. Wir glauben an die Kraft, die Visionen und den Ideenreichtum der Bürger und privater Investoren.“ Es gehe keineswegs darum, ein „teures Eventjahr“ zu veran-

stalten. Vielmehr stehe im Vordergrund, wie die Stadt ihren kulturellen Entwicklungs- und allgemeinen Herausforderungen begegnen wolle. Zudem sei der Weg das Ziel. „Allein das Bewerbungsverfahren würde den Bekanntheitsgrad Hildesheims überregional erheblich steigern“, glaubt die CDU. Das Beispiel vormaliger Kulturhauptstädte zeige, dass nicht die Finanzkraft entscheidend für den Erfolg sei, sondern ein schlüssiges Konzept. Dank seiner innovativen Bürger habe Hildesheim schon oft große Sprünge geschafft.